

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wohnaufförderung, Gasversorgung, Rechenschaftsbericht

Reichbefrachtete Sitzung des Landtags vor der Sommerpause mit über 20 Traktanden

Die Traktandenliste des Landtags weist für die letzte Sitzung vor der Sommerpause, wie bereits in den Vorjahren, ein reichbefrachtetes Programm auf. Nicht weniger als 23 Tagesordnungspunkte warten am Mittwoch auf Erledigung, wobei der Rechenschaftsbericht der Regierung und die Landesrechnung 1984 sowie die Vorlage über die Wohnaufförderung und die Anträge der Regierung über die Gasversorgung als Schwerpunkte aufscheinen.

Nicht alle der Tagesordnungspunkte sind arbeitsintensiv. Der Geschäftsbericht der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und der Jahresbericht der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Invalidenversicherung (IV) und Familienausgleichskasse (FAK), aber auch der Beitritt unseres Landes zur interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge und die Vereinbarung mit dem Kanton Graubünden über die Möglichkeit eines Besuches der Bündner Frauenschule durch Schülerinnen aus unserem Land werden voraussichtlich wenig zu reden geben. Auch die Kenntnisnahme der Volksabstimmung über die Mandatszahlerhöhung dürfte wenig Zeit beanspruchen, sofern nicht nochmals grundsätzlich über die Notwendigkeit zur Erhöhung der Landtagssitze diskutiert wird. Ebenso wenig Raum beanspruchen werden die verschiedenen parlamentarischen Vorstöße zur Verringerung der Kehrichtmenge (wo bereits ein Regierungsbericht vorliegt), über die Herabsetzung der archivarischen Sperrfrist von 50 Jahren, über die Sicherung landwirtschaftlicher Böden und das Zivilschutzkonzept.

Rechenschaftsbericht und Landesrechnung

Mehr Zeit beanspruchen dürfte die Beratung des Rechenschaftsberichtes und die Genehmigung der Landesrechnung 1984, die mit einem Überschuss von rund 7 Millionen Franken abschliesst, nachdem das Budget noch mit einem deutlichen Defizit gerechnet hatte.

Ebenfalls mit der Landesrechnung hat die erste Tranche der Nachtragskredite für den Haushalt 1985 zu tun. Der erste summarische Nachtrag umfasst sieben Kreditpositionen mit einem zusätzlichen Kreditvolumen von 1,3 Millionen Franken. Davon entfällt rund 1 Million Franken auf den Investitionshaushalt.

Ankauf der Tibetsammlung

Einen weiteren Kredit beantragt die Regierung für den Ankauf der Tibetsammlung von Prof. Heinrich Harrer. Die verschiedenen Kunstgegenstände, vor allem sakrale Kunst, wurden der Regierung für einen Betrag von 0,8 Millionen Franken angeboten. Der Ankauf dieser Kunstgegenstände wird zweifellos nicht nur auf Zustimmung stossen, zumal die Regierung über die Folgekosten keine Auskunft im Antrag an den Landtag gab

Iranischer Parlamentspräsident in Japan

Tokio (AP) Der iranische Parlamentspräsident Haschemi Rafsandschani ist am Montag aus Peking kommend in Japan eingetroffen. Während des fünftägigen offiziellen Besuchs sind ein Empfang bei Kaiser Hirohito sowie Gespräche mit dem japanischen Premierminister Yasuhiro Nakasone und mit Parlamentariern sowie Geschäftsleuten vorgesehen.

Japan, das in hohem Masse von Erdöleinfuhren aus dem Nahen Osten abhängig ist, unterhält sowohl zu Iran als auch zu Irak gute Beziehungen. Die japanische Regierung beabsichtigt nicht, zwischen den beiden seit fünf Jahren Krieg führenden Staaten zu vermitteln, will jedoch Bemühungen begünstigen, die zum Kriegsende führen könnten. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Importe aus Iran, überwiegend Erdöl, auf 2,87 Milliarden Dollar, während Iran japanische Waren in Höhe von 1,69 Milliarden Dollar einführte.

und im Moment auch noch keine Vorstellung besitzt, wo die Gegenstände tibetischer Kunst ausgestellt werden könnten.

Senkung der Steuern

Zur Detailberatung gelangt die Vorlage der Regierung zur Senkung der Landes- und Gemeindesteuern, die auf eine FBP-Motion zum Ausgleich der sogenannten «kalten Progression» zurückgeht. Die FBP-Motion hatte die Regierung aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Geldentwertung auf das Steueraufkommen zu vermindern. Die Regierung hat daraufhin eine Senkung der Steuersätze auf die Vermögens- und Erwerbsteuer vorgeschlagen, die vom Landtag grundsätzlich gutgeheissen wurden. In der Detailberatung wird es nun darum gehen, verschiedene Anträge aus der 1. Lesung in konkretere Änderungen der Regierungsvorlage umzuformulieren.

Weiterarbeit an Strafrechtsreform

Zwei Vorlagen befassen sich mit der Reform des Strafrechts, wobei sich das Hauptgesetz nach der 1. Lesung in einer Landtagskommission befindet. Das Jugendgerichtsgesetz, das als eigenes Gesetz zum Gesamtpaket der Strafrechtsre-

form gehört, wird vom Landtag in 2. und 3. Lesung beraten und voraussichtlich verabschiedet.

Das Strafrechtsanpassungsgesetz, das im Rahmen der Strafrechtsreform zur Angleichung der Strafmasse erforderlich ist, wird in 1. Lesung in Behandlung gezogen. Mit der Detailberatung wird wahrscheinlich bis zur Verabschiedung des Strafrechtsgesetzes zugewartet werden müssen.

Gasversorgung und Rohrleistungsgesetz

Sogar drei Vorlagen hat der Landtag im Zusammenhang mit der Gasversorgung in Behandlung zu ziehen. Das Gesetz über die Gasversorgung, das die Grundlage für den Einbezug des Erdgases in unsere Energieversorgung schafft, steht zur Detailberatung und zur Verabschiedung an. Ebenfalls verabschiedet werden dürfte das Rohrleistungsgesetz, das für den Bau des Erdgasnetzes erforderlich ist.

Schliesslich liegt dem Landtag das Kreditbegehren der Regierung für den Bau der Gasversorgung vor. Wie Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt als zuständiger Ressortinhaber bereits an der letzten Landtagssitzung mitteilte, wird die Gasversorgung deutlich mehr Mittel als ursprünglich vorgesehen, beanspru-

chen. Die Regierung unterbreitet dem Landtag nun ein Kreditgesuch in Höhe von 27,9 Millionen Franken für die Anlagekosten und das Dotationskapital. Ausserdem wird der Landtag ersucht, auf die Verzinsung des Dotationskapitals und des Darlehens bis Ende 1994 zu verzichten. Der Grund für diesen Antrag liegt nach Angaben der Regierung in der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Erdgases. Ohne diese Massnahme würde das Erdgas mehr als das Erdöl kosten.

Änderung der Wohnaufförderung

Einer der Schwerpunkte der Landtagssitzung, der gleich nach der Genehmigung des Protokolls der vorletzten Sitzung in Behandlung gezogen wird, bildet die Vorlage der Regierung über die Änderung des Wohnaufförderungsgesetzes. Bereits im Verlaufe der 1. Lesung hatten sich stark voneinander abweichende Positionen ergeben. Ausserdem hatte sich die VU-Mehrheit gewiegert, der Bildung einer Kommission zur Bearbeitung der vielen offenen Fragen zuzustimmen. Die Regierung werde, so hiess es damals, die erforderlichen Angaben nachliefern. Ob der Landtag damit zufrieden ist, wird sich weisen. Der Regierungsantrag fordert eine stärkere Förderung der verdichteten Bauweise mit einer Erhöhung der Baubventionen. Demgegenüber hatte die FBP-Fraktion, die grundsätzlich den Antrag begrüsst, Anträge in Richtung verstärkter Förderung der Familienfreundlichkeit der Wohnaufförderung gestellt.

KOMMENTAR

Der Gemeinderat von Buchs hat eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt, die auch für unser Land ihre Auswirkungen haben wird: Solange keine Klarheit über eine sichere Entsorgung der Rückstände aus der «zusätzlichen Rauchgasreinigung» besteht, werde vom Gemeinderat Buchs keine Baubewilligung erteilt. Eine «vorzeitige Baubewilligung», heisst es im Protokoll des Gemeinderates als Begründung, werde höchstens dazu beitragen, dass der «schwarze Peter» bezüglich Sondermülldeponie noch lange hin und her geschoben werde und man das Problem der Beseitigung der Rückstände etwas gemächlicher angehe.

An diesem Beschluss sind zwei Dinge vor allem bemerkenswert: Einmal wird mit der Betonung auf den Begriff «zusätzliche Rauchgasreinigung» der Anschein zu erwecken versucht, mit der Schadstoffrei-

Bemerkenswerte Verknüpfung

nigung der Kehrichtverbrennungsanlage sei alles fast schon zum Besten bestellt. Dass aber jeden Tag ohne diese Rauchgaswaschanlage, wie sie von liechtensteinischer Seite schon seit Jahren gefordert wird, aus dieser Dreckschleuder der Region ein verlorenen Tag für die dringend notwendige Entlastung der Luft von allerlei Schadstoffen ist, davon hält das Gemeinderatsprotokoll nichts fest.

Zum zweiten ist bemerkenswert, dass der Buchser Gemeinderat sich zwar die liechtensteinischen Forderungen zu eigen macht, jedoch in umgekehrter Reihenfolge und unter Verknüpfung zweier Probleme, was mit Sicherheit zu einer weiteren Verzögerung führt, bis endlich weniger schadstoffbelasteter Rauch aufsteigt. Wenn genug Zeit vorhanden wäre, dann könnte der Verknüpfung von Rauchgasreinigung und Sondermülldeponie zugestimmt werden. In der heutigen Situation jedoch, die durch eine erfolgreiche Hinhaltenaktik der schweizerischen Verbandsmitglieder geprägt ist, darf keine Zeit mehr verloren gehen, bis die Rauchgaswaschanlage endlich eingebaut wird.

Den Standort der Sondermülldeponie hat der Buchser Gemeinderat bereits auch schon geortet: «Aus unserer Sicht steht die Region Liechtenstein im Vordergrund». Diese Ansicht ist nicht ganz neu, denn die Regierung hat einerseits schon mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die Übernahme von Sondermüll eines Tages aufdrängen werde, andererseits sind bereits Abklärungen im Gange für die Errichtung einer derartigen Deponie. Das weiss man in Buchs sicher auch.

Nur scheint es nach diesem Beschluss so, dass man sich die Sache etwas zu einfach macht. Die Buchser haben die Kehrichtanlage auf eine Überkapazität vergrössert, sie möchten gerne das Verbandsgebiet ausweiten, um mit Müll aus dem Rheintal oder aus Vorarlberg ihre Öfen besser zu füllen. Gleichzeitig aber wehren sie sich gegen den Einbau einer Rauchgaswaschanlage und dann, sobald dieses Problem gelöst scheint, wird eine Verknüpfung zweier Probleme vorgenommen.

Ob das eine Lösung darstellt? Warum nicht endlich das lange hinausgeschobene Problem der Rauchreinigung lösen, bevor der Karren mit zusätzlichem Ballast beladen wird? (G.M.)

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung:

Bald ein Fünftel der Ausgaben für das Staatspersonal

Die effektiven Ausgaben der Haushaltrechnung 1984 beliefen sich auf 193,0 Millionen Franken (182,7 Millionen Franken). Gesamthaft liegen sie um knapp 1,9 Millionen Franken über dem Kreditrahmen des Voranschlags, aber immerhin 10 Millionen Franken über den Aufwendungen des Jahres 1983. Der Personalaufwand liegt bei 45,6 Millionen Franken (44,0 Millionen Franken), was einem Anteil von 18,3 Prozent an den Gesamtaufwendungen entspricht.

Der Personalaufwand umfasst die Ausgaben für die Besoldung des Verwaltungs-, Gerichts- und Betriebspersonals, für die Gehaltsbezüge im Post- und Fern-

meldebereich, für die Entschädigung der Lehrpersonen an den Landesschulen sowie die Auslagen für Aushilfen, Lehrlinge, Praktikanten und Kommissionen mit Einschluss der vom Staat als Arbeitgeber zu leistenden Sozialbeiträge. Die effektiven Ausgaben für das Personal belaufen sich im Berichtsjahr auf 45,6 Mio. Franken. Sie liegen damit um 2,2 Mio. Franken oder um 4,7 Prozent unter dem veranschlagten Kreditrahmen.

Abgeflachte Teuerungsrate entscheidend

Der Minderaufwand ist zu einem wesentlichen Teil der abgeflachten Teuerungsrate zuzuschreiben. Der Voran-

schlag enthielt einen Reservekredit von 1,3 Mio. Franken für eine 3%ige teuerungsbedingte Anhebung der Besoldungsbezüge im Berichtsjahr. Aufgrund des mässigen Anstiegs der Konsumentenpreise wurden die Gehälter erst mit Wirkung ab 1. November 1984 um 4,1 Prozent erhöht. Aus der aufgeschobenen Teuerungsangleichung resultierte eine Krediteinsparung von rund 0,9 Mio. Franken. Um knapp 0,3 Mio. Franken geringer als veranschlagt fielen sodann die Aufwendungen für das Betriebspersonal des Landesbauamtes aus, da

(Fortsetzung auf Seite 2)

UNO-Generalsekretär zu Besuch in der Schweiz

Perez de Cuellar wünscht Beitritt der Schweiz zu Vereinten Nationen

Bern (AP) UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat am Montag in Bern gegenüber den Schweizer Bundesbehörden seinen Wunsch nach einem Beitritt der Eidgenossenschaft zu den Vereinten Nationen ausgesprochen. Er habe eine sehr nützliche Unterhaltung mit Bundespräsident Kurt Furgler, Bundesrat Pierre Aubert und Bundesrätin Elisabeth Kopp geführt, sagte Perez vor

der Bundeshauspresse. Der UNO-Generalsekretär zeigte sich zugleich glücklich über die Beendigung des Geiseldramas in Beirut, für dessen Lösung sich sowohl die UNO wie die Schweiz eingesetzt hätten.

Beim Treffen im Rahmen eines offiziellen eintägigen Besuchs besprachen der UNO-Generalsekretär und die Bundesratsdelegation auch brennende Fragen der Weltpolitik, wie Vizekanzler Achille

Casanova vor der Bundeshauspresse bekanntgab. Der Besuch erfolgte im Rahmen der Kontakte der Schweiz mit der auch in Genf ansässigen UNO.

Nach den Worten von Casanova sprach Bundespräsident Furgler zu Beginn der Begegnung die für kommendes Jahr angesetzte Volksabstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz an. Furgler habe dabei den Wunsch geäussert, am 16. März 1986 nach der Annahme der Vorlage dem UNO-Generalsekretär zu telefonieren und ihn darüber zu informieren, dass der Beitritt der Schweiz perfekt sei. Perez de Cuellar sagte vor den Journalisten zum Fehlen der Schweiz: «Die Abwesenheit der Schweiz macht mir im Herzen weh, und weiter: «Die Schweiz fehlt uns».

Die Bilanz der UNO nach den ersten 40 Jahren sei positiv, sagte Perez de Cuellar weiter. Die Organisation dürfe nicht nur auf der politischen Ebene beurteilt werden. Sie entwickle auch Aktivitäten auf anderen Gebieten, wie Menschenrechte, Katastrophenhilfe, Umweltschutz und Bevölkerungskontrolle. Zudem seien ihre Bemühungen für den Weltfrieden wichtig, auch wenn sie nicht immer von raschem Erfolg gekrönt seien. Er habe gegenüber den Bundesräten seine Aktivitäten zur Lösung von Konflikten, insbesondere des Golfkriegs zwischen Iran und Irak sowie des Afghanistankonflikts, geschildert. Die UNO sei in beiden Fällen die einzige Institution, in der die gegnerischen Parteien zusammenkämen.



Unsere Aufnahme zeigt UN-Generalsekretär Perez de Cuellar gestern beim Eintreffen in der Schweizer Bundeshauptstadt. Beim eintägigen offiziellen Besuch bekräftigte der UN-Generalsekretär gegenüber den Schweizer Bundesbehörden seinen Wunsch nach einem Beitritt der Eidgenossenschaft zu den Vereinten Nationen. Im Bild von links Bundesrat Pierre Aubert, UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundespräsident Kurt Furgler.

Streik am italienischen Warenaufschlag in Chiasso

Ponte Chiasso (AP) Aus Protest gegen die verlängerten Öffnungszeiten beim Warenaufschlag an der italienisch-schweizerischen Grenze sind die italienischen Warenaufschlagbeamten beim Autobahnaufschlag Chiasso-Brogada am Montag in Streik getreten. Wie der Chef des italienischen Warenaufschlags in Ponte Chiasso, Fernando Luchena, auf Anfrage erklärte, verlangen die Zollner mit der Arbeitsniederlegung eine Personalaufstockung. Der Reiseverkehr blieb von der Protestaktion unbehellig.